

# Online Magazin IAB-Forum

---

## Trumps Zollpolitik: Fast jeder fünfte verarbeitende Betrieb spürt die Folgen

8. April 2026 | Alexander Kubis, Ignat Stepanok



**6 Prozent der deutschen Betriebe sehen sich von den Auswirkungen der seit Anfang 2025 geänderten US-Zollpolitik überwiegend negativ betroffen. In diesen Betrieben arbeiten 11 Prozent der Beschäftigten. Gleichwohl fiel der Rückgang der offenen Stellen dort bislang weniger stark aus als im Durchschnitt aller Betriebe. Andere Faktoren scheinen für die Flaute am Arbeitsmarkt derzeit eine deutlich wichtigere Rolle zu spielen. Längerfristig dürften die globalen Verwerfungen durch die US-Zollpolitik und die daraus resultierende zusätzliche Unsicherheit der Unternehmen den erhofften Aufschwung am Arbeitsmarkt jedoch in jedem Fall erschweren.**

Am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit verkündete Präsident Donald Trump mit dem Memorandum „America First Trade Policy“ die neuen Grundsätze der US-amerikanischen Handelspolitik. Das offizielle Ziel war der Abbau hoher Handelsdefizite gegenüber anderen Staaten. Zu Beginn des vergangenen Jahres erhoben die USA zunächst neue Einfuhrzölle gegenüber Kanada, Mexiko und China. Diese antworteten mit entsprechenden Gegenmaßnahmen. Im März verhängten die USA zusätzliche Zölle auf die Einfuhr von Stahl und Aluminium.

Auch die Logistik war von protektionistischen Maßnahmen der US-Administration betroffen. So wurden die Hafengebühren für chinesische Schiffe erhöht. Zu Beginn des zweiten Quartals 2025 verschärften die USA den Zollkonflikt weiter, indem sie Zölle von mindestens 10 Prozent auf nahezu alle US-Importe, auch solche aus der Europäischen Union (EU), verhängten.

Für Autos, Autoteile, Aluminium und Stahl aus der EU galt ein gesonderter Zollsatz von 25 Prozent. Im Juni erhöhten die USA den Zollsatz für Stahl und Aluminium aus allen Ländern außer dem Vereinigten Königreich auf 50 Prozent. Im August wurden die Zölle für die meisten Waren aus der EU auf 15 Prozent angehoben, für Autos und Autoteile hingegen auf 15 Prozent gesenkt. Ausnahmen gelten für Pharmaprodukte, Flugzeuge und Flugzeugteile. Die Zölle auf Stahl und Aluminium und Folgeprodukte wiederum blieben unverändert bei 50 Prozent.

Es kam also binnen kürzester Zeit zu teilweise dramatischen Zollerhöhungen auf breiter Front, von denen fast alle Länder mehr oder weniger stark betroffen sind. Dies ist zumindest für die Nachkriegszeit historisch einmalig.

In Verbindung mit weiteren Ankündigungen neuer Zölle, die später geändert oder wieder zurückgenommen wurden, ist ein wirtschaftliches Umfeld von extrem hoher Unsicherheit entstanden, das die Planungsfähigkeit der Unternehmen auf eine äußerst harte Probe stellt.

Am 20. Februar 2026 verwarf der US-amerikanische Supreme Court die Festlegung höherer Zölle auf Basis des amerikanischen Notstandsgesetzes (IEEPA) als rechtlich unzulässig, weil dies aus Sicht der Richter der Zustimmung des Kongresses bedürftig wäre. Gleichwohl beharrt die US-Regierung weiterhin auf ihrer rigorosen Zollpolitik, um so das aus ihrer Sicht ungerechtfertigte Handelsbilanzdefizit der USA abzubauen. Ob dieses Ziel damit tatsächlich langfristig erreicht wird, ist fraglich.

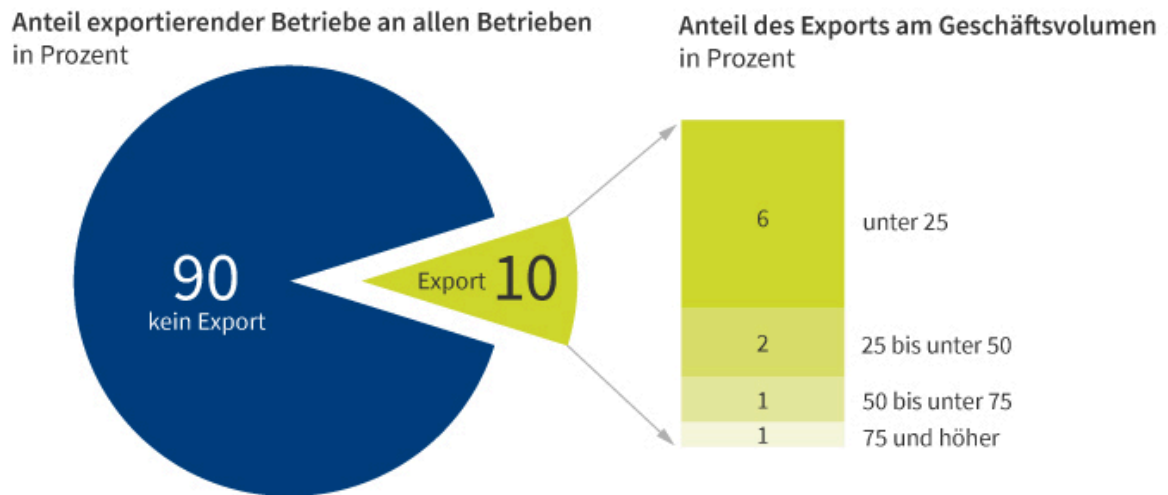
## Die USA sind nach China der wichtigste Handelspartner Deutschlands

Nach Angaben des [Statistischen Bundesamtes](#) waren die USA im Jahr 2024 das wichtigste Empfängerland deutscher Exporte. Dennoch lag deren Warenwert mit 146,2 Milliarden Euro rund 9,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Gemessen am Außenhandelsumsatz, also der Summe aus Exporten und Importen, sind die USA nach China der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Ute Leber und andere zeigen in einem kürzlich erschienenen [Beitrag für das IAB-Forum](#), dass gerade die wirtschaftliche Lage insbesondere für Betriebe, die in die USA exportieren, weiterhin besonders schwierig ist.

Angesichts der möglichen Auswirkungen auch auf den deutschen Arbeitsmarkt wurden die deutschen Betriebe im Rahmen der [IAB-Stellenerhebung](#) befragt, inwieweit sie direkt oder indirekt von den Folgen der US-Zollpolitik betroffen sind. Im dritten Quartal 2025 wurden die Betriebe zunächst gefragt, ob sie 2024 einen Teil ihrer Einnahmen im Ausland erzielt hatten und ob und wie sie von der neuen US-Handelspolitik oder von Vergeltungsmaßnahmen anderer Länder seit Januar 2025 betroffen waren.

Etwa 10 Prozent der Betriebe, so das Ergebnis der Befragung, haben im Jahr 2024 Teile ihres Umsatzes im Ausland erzielt, bei 2 Prozent liegt der Exportanteil sogar bei über 50 Prozent (siehe Abbildung 1). Grundsätzlich sind exportierende Betriebe naturgemäß stärker von der US-Handelspolitik betroffen als nicht exportierende. Aber auch letztere sind nicht notwendigerweise immun, da sie Betriebe beliefern können, die ihrerseits in die USA exportieren.

Abb. 1: Exportorientierung deutscher Betriebe 2024



Anmerkung: vorläufige Hochrechnung; N = 8.590; für 7,3 Prozent der befragten Betriebe (N) liegen keine Informationen zum Exportstatus vor. Zahlen in der Abbildung beziehen sich auf Betriebe, die auf die Frage geantwortet haben.  
Quelle: IAB-Stellenerhebung, drittes Quartal 2025. Grafik: IAB

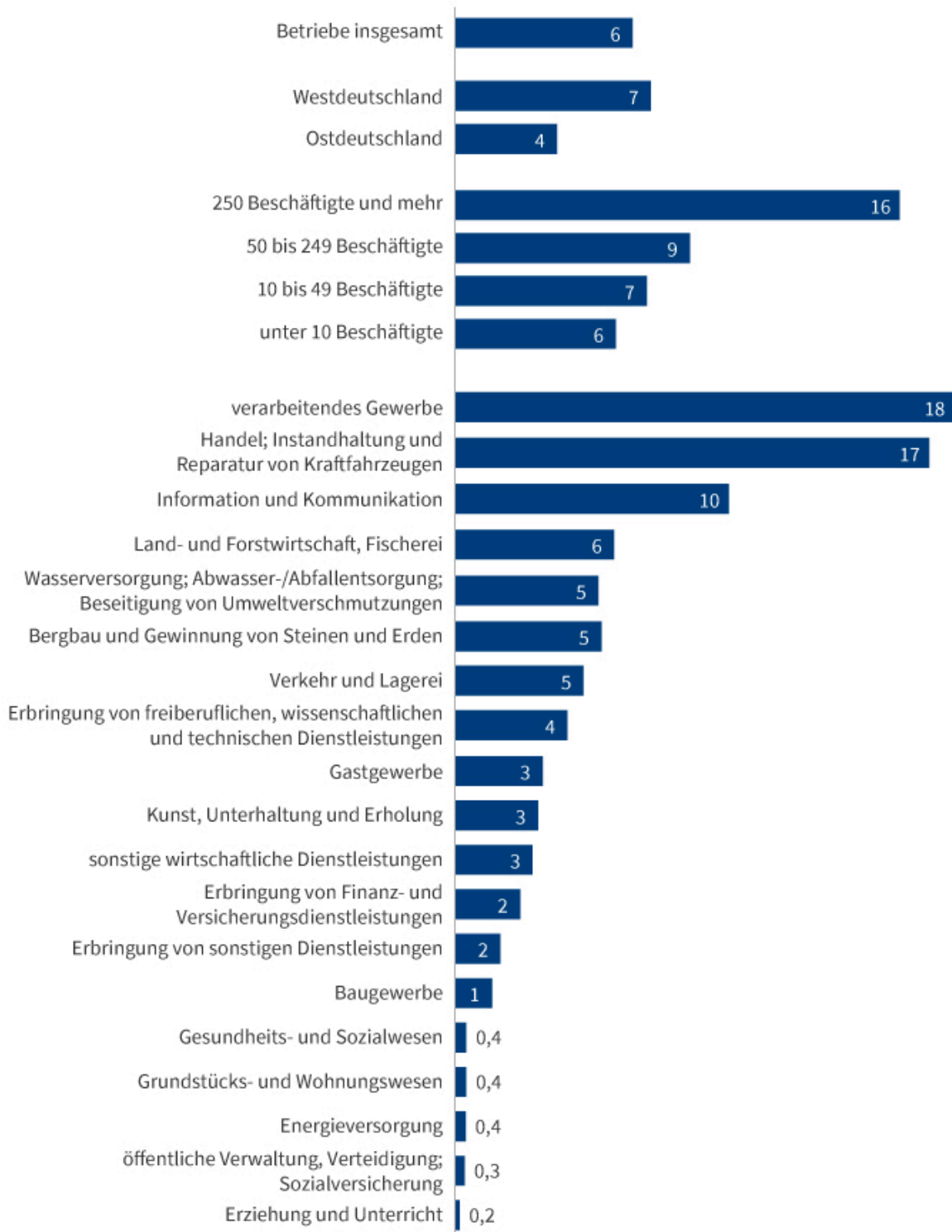
## In den überwiegend negativ betroffenen Betrieben arbeiten 4,7 Millionen Personen

Rund 6 Prozent aller Betriebe gaben laut IAB-Stellenerhebung an, überwiegend negativ von der neuen US-Zollpolitik ab Januar 2025 oder von Gegenzöllen anderer Länder betroffen zu sein (siehe Abbildung 2). In diesen negativ betroffenen Betrieben sind rund 4,7 Millionen Personen beschäftigt – das entspricht 11 Prozent der gesamten Beschäftigung in Deutschland.

Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten sind mit einem Anteil von 16 Prozent weit überproportional betroffen. Ähnliches gilt für Betriebe aus dem verarbeitenden Gewerbe (18 %) sowie aus dem Bereich „Groß- und Einzelhandel sowie Reparatur von Kraftfahrzeugen und Motorrädern“ (17 %). Zugleich ist der Anteil überwiegend negativ von US-Zöllen betroffener Betriebe in Ostdeutschland mit 4 Prozent deutlich niedriger als in Westdeutschland mit 7 Prozent, was sich zum Teil durch eine unterschiedliche Exportorientierung der Betriebe erklären lässt.

## Abb. 2: Welche Betriebe sind überwiegend negativ von der US-Zollpolitik betroffen?

Drittes Quartal 2025, Anteile nach Region, Betriebsgröße und Wirtschaftszweig in Prozent



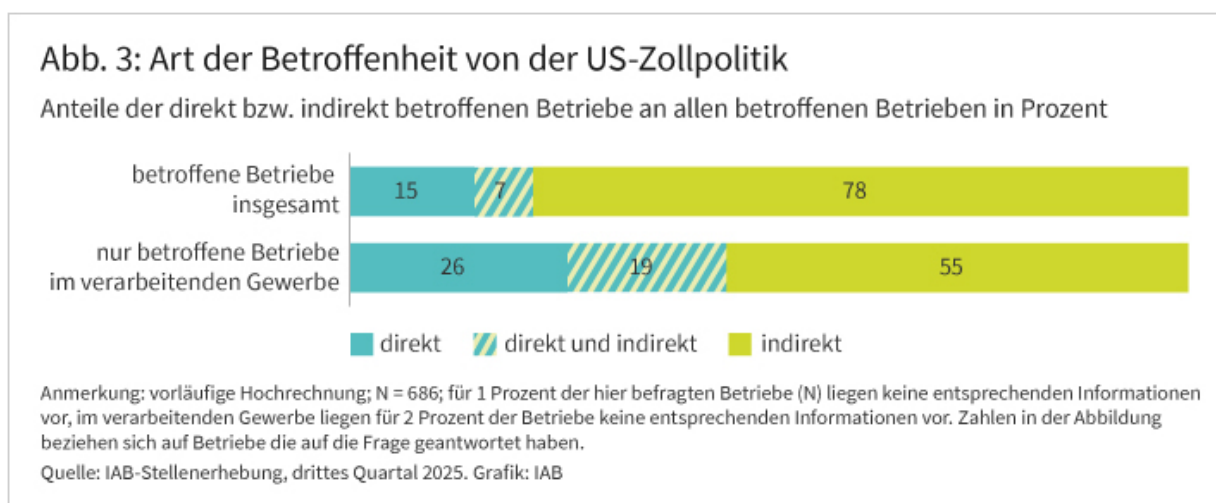
Anmerkung: vorläufige Hochrechnung; N = 8.590.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, drittes Quartal 2025. Grafik: IAB

Schließlich, so ein weiterer Befund aus der IAB-Stellenerhebung, übersteigt der Anteil der indirekt betroffenen Betriebe den Anteil der direkt betroffenen Betriebe deutlich. Von den durch die US-Zollpolitik überwiegend negativ betroffenen Betrieben berichten 15 Prozent von direkten

Auswirkungen (siehe Abbildung 3). 7 Prozent gaben an, sowohl direkt als auch indirekt betroffen zu sein. 78 Prozent waren nach eigenen Angaben nur indirekt betroffen.

Die Fokussierung auf die direkten Exportbeziehungen unterschätzt demnach die tatsächlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft und letztlich auch auf den Arbeitsmarkt erheblich. Eine indirekte Betroffenheit könnte sich beispielsweise aus Lieferbeziehungen zu einem Betrieb in Deutschland oder einem anderen Land ergeben, der selbst Produkte in die USA exportiert.



Aussagen zu den Folgen der US-Zollpolitik für den Arbeitsmarkt sind auf Basis der aktuellen Datenlage dennoch nur sehr eingeschränkt möglich. Auch wenn die Zahl der offenen Stellen vergleichsweise schnell auf Änderungen der Rahmenbedingungen reagiert, begrenzt der sehr kurze Untersuchungszeitraum die Analysemöglichkeiten.

Tatsache ist, dass die Zahl der offenen Stellen zwischen dem vierten Quartal 2024, dem Quartal direkt vor den Zollanpassungen, und dem dritten Quartal 2025 stark zurückging: Sie sank von 121.000 auf rund 94.000 – also um etwa 22 Prozent. Inwieweit sich dies auf die zunehmenden Schwierigkeiten im Exportgeschäft zurückführen lässt, lässt sich aber nicht eindeutig bestimmen. Dass der Gesamtbestand an offenen Stellen im gleichen Zeitraum sogar um gut 26 Prozent von rund 1,40 auf 1,03 Millionen zurückging, liegt aber die Vermutung nahe, dass der Effekt der US-Zollpolitik für sich genommen bislang noch nicht massiv auf den Arbeitsmarkt durchschlägt.

## Zollhürden belasten die Betriebe und erhöhen die Unsicherheit auch am Arbeitsmarkt

Es liegt auf der Hand, dass der deutliche Rückgang der offenen Stellen in den letzten Jahren einer Vielzahl an Faktoren geschuldet ist, die auch unabhängig von der US-Zollpolitik wirken und diese in ihrer Gesamtwirkung deutlich übertreffen. Das gilt auch für diejenigen Betriebe, die in die USA exportieren. So befindet sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in einem tiefgreifenden Wandel, wie beispielsweise Nicole Gürtzgen, Alexander Kubis und Martin Popp im [IAB-Monitor Arbeitskräftebedarf 4/2025](#) beschreiben.

Neben einer voraussichtlich stagnierenden Erwerbsbevölkerung ist der Arbeitsmarkt stark durch Digitalisierung und Dekarbonisierung geprägt. In konjunkturellen Schwächephasen – wie 2025 zu beobachten – halten sich die Betriebe zudem bei ihrer Personalsuche allgemein zurück. Im Ergebnis hat sich die Zahl der offenen Stellen gegenüber dem Höchststand von rund 2 Millionen im vierten Quartal 2022 mittlerweile fast halbiert (lesen Sie dazu eine [aktuelle Auswertung der IAB-Stellenerhebung von Alexander Kubis](#)).

In diesem Umfeld erhöht das zum Teil erratische Verhalten bei der einseitigen Einführung neuer US-Zölle nicht nur die Kosten des Warenverkehrs, sondern auch die Unsicherheit bei den Unternehmen. Sie beschränken sich angesichts dieser fehlenden Planungssicherheit oftmals auf ihr Kerngeschäft und verzichten potenziell auf neue Projekte. Enzo Weber spricht in einem im Makronom erschienenen [Beitrag](#) allgemein auch von einer Erneuerungskrise. Aufgrund der vielfältig wirksamen Prozesse bleibt eine klare Identifikation der Folgen einer veränderten US-Zollpolitik am deutschen Arbeitsmarkt schwierig.

## Fazit

Die USA sind ein zentraler Handelspartner für Deutschland und werden es auch in den kommenden Jahren bleiben. Insofern ist eine tragfähige, auf Partnerschaft beruhende Vereinbarung bei den Handelsbeziehungen im Interesse beider Seiten. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die US-Zollpolitik tiefere Spuren auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinterlassen wird.

Um diese Auswirkungen zu begrenzen, bedarf es nicht zuletzt einer überzeugenden europäischen Antwort auf die aggressive Zollpolitik der US-Administration. Hier geht es zum einen um eine einheitliche und entschlossene Position der EU nach außen. Zum anderen muss die EU die Möglichkeiten ausschöpfen, die aus ihrer eigenen wirtschaftlichen Größe resultieren. So sollte sie die Strategie, Handelsabkommen mit anderen Partnern abzuschließen oder auszubauen, weiter forcieren.

### In aller Kürze

- 10 Prozent der Betriebe, die Angaben zu ihrem Geschäftsvolumen gemacht haben, erzielten im Jahr 2024 einen Teil ihres Umsatzes im Ausland.
- Im dritten Quartal 2025 waren nach eigenen Angaben rund 6 Prozent der Betriebe überwiegend negativ von der US-Zollpolitik betroffen. Im verarbeitenden Gewerbe lag dieser Anteil bei 18 Prozent, im Handel bei 17 Prozent.
- In den betroffenen Betrieben arbeiten rund 4,7 Millionen Personen – etwa 11 Prozent der Gesamtbeschäftigung in Deutschland.

## Die IAB-Stellenerhebung

Das IAB untersucht im Rahmen der [IAB-Stellenerhebung](#) viermal jährlich das gesamte Stellenangebot, also auch jene Stellen, die den [Arbeitsagenturen](#) nicht gemeldet werden. In der Nachbefragung im dritten Quartal 2025 wurden 8.590 Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten befragt. Zusätzlich zur Erhebung der Kerninformationen zum deutschen Arbeitsmarkt thematisiert ein Teil des Fragebogens vom dritten Quartal 2025 unter anderem die Auswirkungen der seit Januar 2025 geänderten US-Zollpolitik auf die deutschen Betriebe.

Bei den Daten aus der IAB-Stellenerhebung handelt es sich um hochgerechnete Werte aus einer Stichprobe, die mit einer gewissen statistischen Ungenauigkeit einhergehen. Bei der Interpretation ist es deshalb wichtig zu wissen, dass sich Veränderungen der Zahlenwerte zum Teil innerhalb des Stichprobenfehlers bewegen. Die Ungenauigkeit nimmt bei kleineren Substichproben zu.

Aktuelle Zahlen zur (langfristigen) Entwicklung der offenen Stellen sowie weiterer Variablen auf Basis der IAB-Stellenerhebung finden Sie auf der [IAB-Website](#). Die aktualisierte Ausgabe des [IAB-Monitors Arbeitskräftebedarf 4/2025](#) ist im IAB-Forum abrufbar.

## Literatur

Gürtzgen, Nicole; Kubis, Alexander; Popp, Martin (2026): [IAB-Monitor Arbeitskräftebedarf 4/2025: Die Zahl der offenen Stellen konsolidiert sich auf niedrigerem Niveau](#). In: IAB-Forum, 12.3.2026.

Kubis, Alexander (2026): [IAB-Stellenerhebung 4/2025: Zahl der offenen Stellen steigt von 1,03 auf 1,26 Millionen – und damit stärker als saisonüblich](#). In: IAB-Forum, 5.3.2026.

Leber, Ute; Oberfichtner, Michael; Schwengler, Barbara (2026): [Die wirtschaftliche Lage der Betriebe in Deutschland ist weiterhin angespannt](#). In: IAB-Forum, 11.1.2026.

Weber, Enzo (2025): [Die Erneuerungskrise](#). In: Makronom, 6.10.2025.

Bild: [hkama/stock.adobe.com](#)  
DOI: [10.48720/IAB.FOO.20260408.01](#)

## Zitationshinweis

Alexander Kubis; Ignat Stepanok (2026): Trumps Zollpolitik: Fast jeder fünfte verarbeitende Betrieb spürt die Folgen , In: Online Magazin IAB-Forum 8. April 2026, <https://iab-forum.de/trumps-zollpolitik-fast-jeder-fuenfte-verarbeitende-betrieb-spuert-die-folgen/>, Abrufdatum: 8. April 2026

## Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>